

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin muss seiner Verantwortung in Europa gerecht werden!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

- bereits vor der endgültigen Ratifizierung und dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon die Öffentlichkeit ausführlich über dessen grundlegende Bedeutung zu informieren. Dabei müssen insbesondere die Demokratisierung der Europäischen Union und die rechtliche Verbindlichkeit von demokratischen, ökologischen und sozialen Rechten in den Vordergrund gestellt werden.
- alle Verbesserungen durch den Lissaboner Vertrag, die bereits heute umgesetzt werden können, umgehend in Berlin zu verwirklichen. Darüber hinaus soll sich der Senat für weitere Reformen in der Europäischen Union einsetzen und das Ziel einer europäischen Verfassung verfolgen.
- die Gelder aus den europäischen Strukturfonds in Zukunft stärker dafür zu nutzen, um in die Ökologische Modernisierung sowie die Kultur- und Kreativwirtschaft zu investieren. Der Senat muss mit diesen und eigenen Geldern dringend notwendige Projekte im Klima- und Umweltschutz anschieben. Dafür muss der Senat in der Wirtschaftsförderung ein Kompetenzfeld Umwelt einführen. Auch muss er endlich die europäischen Finanzmittel für Infrastrukturprojekte zur verstärkten Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs und des Radwegenetzes nutzen, statt Millionen Euro in überdimensionierte Straßenprojekte zu verbauen.
- endlich Berlin konsequent als Brücke nach Mittel- und Osteuropa zu positionieren. Dafür muss der Senat sowohl die interregionale Zusammenarbeit mit den westpolnischen Wojewodschaften und Brandenburg, als auch den Austausch mit anderen Metropolregionen wie War-

schau und Moskau stärker als Chance nutzen. Der Senat muss sich außerdem offensiv für eine kraftvolle Nord-Süd-Wirtschaftsachse von Skandinavien über Stettin/Rostock, Berlin nach Dresden, Prag und Wien einsetzen. In diesem Zusammenhang wird der Senat aufgefordert, sich aktiv für den dringenden Ausbau der Schienenverbindungen nach Osten einzusetzen, um Berlins Position als Verkehrsknoten im östlichen Europa zu stärken.

- dem europäischen „Bürgermeisterkonvent für Klimaschutz“ beizutreten und die damit verbundenen Verpflichtungen für Berlin einzugehen und umzusetzen. Dazu muss der Senat endlich einen mit konkreten Zielen und Maßnahmen unterlegten Klimaschutzaktionsplan vorlegen. Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert, umgehend das für Ende 2008 angekündigte Klimaschutz-Gesetz auf den Weg zu bringen, um die europäischen Ziele zur Einsparung von CO²-Emissionen und zur Förderung der erneuerbaren Energien in Europa erfüllen zu können.
- im Bundesrat weitere Initiativen zu ergreifen und auf die Bundesregierung einzuwirken, sich für die Einführung von Mindestlöhnen in Deutschland einzusetzen und als ersten Schritt endlich einen bundesweiten Mindestlohn festzulegen. Außerdem wird der Senat aufgefordert, die Bundesregierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, die ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit auch für die Bürgerinnen und Bürger der neuen EU-Mitgliedsländer so bald wie möglich einzuführen.

Begründung:

Durch die Europäische Union hat Berlin 50 Jahre Frieden und stetig wachsenden Austausch mit seinen Nachbarn in Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft erfahren. Seit der Osterweiterung liegt Berlin im Zentrum einer friedlich vereinten europäischen Gemeinschaft. Die EU steht für die stetig fortschreitende Demokratisierung aller Mitgliedsstaaten und das gemeinsame Lösen von Krisen und Herausforderungen. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise, die gleichzeitig auch mit einer ökologischen und einer sozialen Krise verbunden ist, ist eine abgestimmte europäische Strategie nötiger denn je.

Gerade weil Berlin so stark von der EU profitiert, muss es in der Gemeinschaft seiner Verantwortung gerecht werden und durch seinen energischen Einsatz als Akteur auf Landes-, Bundes- und Europaebene die Europäische Idee weiter voranbringen.

In der Unterstützung des Lissaboner Vertrags hat der Senat bisher eine entschlossene Haltung vermissen lassen. Bei der Abstimmung im Bundesrat über die Ratifizierung des Vertrages im Mai 2008 hat Berlin mit seiner Enthaltung seine Verantwortung für das Projekt der Europäischen Union nicht wahrgenommen und die Stadt vor der europäischen Öffentlichkeit blamiert. Der Lissaboner Vertrag bringt im Vergleich zu den zur Zeit geltenden Regeln nach dem Nizza-Vertrag wesentliche Verbesserungen. Diese Fortschritte des Lissaboner Vertrages müssen offensiv in der Berliner Bevölkerung beworben werden, um das negative Image der EU in der Öffentlichkeit zu korrigieren. Viele der Verbesserungen, die der Reformvertrag mit sich bringt, können von Berlin auch bereits vor dessen endgültigen Inkrafttreten umgesetzt werden.

Der Senat muss jedoch im Bundesrat und im europäischen Rat der Regionen auch dafür eintreten, dass der Lissaboner Vertrag noch nicht das Ende der europäischen Entwicklung ist.

Das Ziel muss eine echte europäische Verfassung sein, die mit europaweiten Referenden legitimiert wird. Diese Verfassung muss sich in einem schlanken Grundlagentext auf die Werte und Ziele der Union, die Grundrechte, die euro-

päischen Symbole und die institutionellen Regeln beschränken. Vor allem muss die Verfassung die Bürgerrechte, die sozialen Rechte und die ökologische Nachhaltigkeit garantieren, um das bisherige Ungleichgewicht zugunsten von Wirtschafts- und Sicherheitspolitik aufzuheben. Der Lissaboner Vertrag ist auf dem Weg zum Ziel einer solchen europäischen Verfassung ein erster Schritt.

Der Umgang mit den Geldern aus den europäischen Strukturfonds muss in Berlin weiter verbessert werden. Noch zu oft wird die Förderung eher mit der Gießkanne verteilt statt gezielt eingesetzt. Die Potenziale Berlins liegen in der Ökologischen Modernisierung und der Investition in die Kultur- und Kreativwirtschaft. Die Fördergelder der Europäischen Union müssen deshalb schwerpunktmäßig in Projekte dieser beiden Felder investiert werden.

Berlin hat durch seine geografische Lage und seine historische Erfahrung ein einzigartiges Potential als Brücke und Mittler zu Mittel- und Osteuropa. Diese Möglichkeiten lässt der Senat bisher leichtfertig ungenutzt und vergibt damit auch einzigartige wirtschaftliche Chancen. So beobachtet er tatenlos, wie mit der geplanten Fehmarnbelt-Brücke die Wirtschaftskraft an Berlin und den Zentren Mittel- und Osteuropas vorbei nach Westdeutschland gelenkt wird.

Gerade in der Klima- und Energiepolitik können nur gemeinsame europäische Anstrengungen den drohenden Klimawandel wirksam begrenzen. Jedes Mitgliedsland muss seinen Teil der gemeinsamen europäischen Verantwortung wahrnehmen. Doch Berlin hat seine Aufgaben noch nicht erfüllt. Dem von der EU-Kommission initiierten Bürgermeisterkonvent für den Klimaschutz sind über 450 Städte beigetreten, darunter Paris, Madrid, Rom, Hamburg und London – nicht aber Berlin.

Mindestlöhne schützen sowohl einheimische als auch zugewanderte Beschäftigte vor einem Wettbewerb nach unten bei den Arbeitsbedingungen und erhöhen auch die Anreize für die Herkunftsländer der ArbeitsmigrantInnen, ähnliche Bedingungen einzuführen. Von der uneingeschränkten Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für BürgerInnen aus den neuen EU-Mitgliedsländern in Deutschland würden gerade Berlin und Ostdeutschland als Grenzregionen profitieren.

Berlin hat dem europäischen Projekt vieles zu verdanken. Deshalb muss der Senat seine Verantwortung wahrnehmen und die europäische Politik aktiver gestalten.

Berlin, den 18. Mai 2009

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Schillhaneck
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen